

100 Millionen für schnelles Internet

NRW will Breitbandausbau fördern und stellt jetzt 100 Millionen Euro speziell für ländliche Regionen bereit. Landesregierung korrigiert aber eigene Ziele nach unten

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Ländliche Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen können ab sofort bei den Bezirksregierungen Fördermittel für den Breitbandausbau beantragen. Die Landesregierung stellt speziell für die Digitalisierung des ländlichen Raumes 100 Millionen Euro aus Fördertöpfen des Bundes und der Europäischen Union zur Verfügung. Eigene Landesmittel fließen dafür nicht. Das Angebot richtet sich an einzelne Gemeinden oder Zusammenschlüsse von Kommunen. Besonders in Süd- und Ostwestfalen sowie im Münsterland haben immer noch viele Dörfer keinen Zugang zu schnellem Internet.

Jetzt heißt es nur noch: Möglichst schnell möglichst viele

NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) hatte zuletzt mehrfach in Aussicht gestellt, dass bis zum Jahr 2018 die Haushalte in NRW flächendeckend mit 50 Megabit pro Sekunde im Internet surfen können. So steht es auch im Koalitionsvertrag. Am Montag schwächte die Landesregierung dieses Ziel überraschend ab.

Man möchte möglichst schnell möglichst viele Menschen erreichen, sagte der für den ländlichen Raum zuständige Parlamentarische Staatssekretär Horst Becker. In ländlichen Regionen sollen bis zum Jahr 2018 etwa 95 Prozent der Haushalte über schnelles Internet mit einer Geschwindigkeit von 50 Megabit pro Sekunde verfügen, 85 Prozent der Haushalte über 50 Megabit. In Kierspe, Herscheid

und Meinerzhagen haben zum Beispiel derzeit nur bis zu 10 Prozent der Haushalte schnelles Internet mit 50 Megabit. Im Ruhrgebiet, Köln und Bonn hingegen ist die Breitband-Versorgung gut. Landesweit haben rund 75 Prozent der Haushalte schnelles Internet.

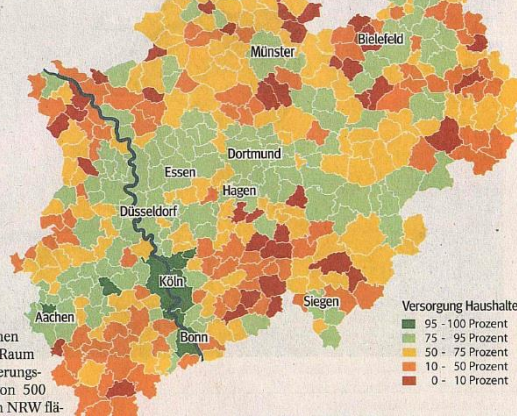
Eine Chance auf Förderung dürfen sich vor allem jene ländlichen Gemeinden ausrechnen, in denen private Anbieter in den kommenden Jahren nicht in den Breitband-Ausbau investieren möchten, weil dies für sie unrentabel wäre. Die 100 Millionen Euro für den ländlichen Raum sind Teil eines Finanzierungsprogramms in Höhe von 500 Millionen Euro, mit dem NRW flächendeckend schnelles Internet ermöglichen möchte. Mit 400 Millionen Euro will das NRW-Wirtschaftsministerium insbesondere schnelle Internetverbindungen in Gewerbegebieten fördern. Ein Teil des Geldes stammt aus dem Milliardenlös des Bundes aus der Mobilfunkauktion.

Kritik der Opposition

NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) sagte gestern im Landtag, die Internet-Initiative des Landes (Motto: „Unser Dorf soll digitaler werden“) sei von elementarer Bedeutung für den Erhalt der wirtschaftlichen Stärke der ländlichen Regionen.

Breitbandverfügbarkeit in Nordrhein-Westfalen

≥ 50 Mbit/s alle Technologien



QUELLE: BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR

GRAFIK: BEKLEIDUNGMANN

Die Opposition warf der rot-grünen Landesregierung vor, beim Breitbandausbau zurückzurudern und ihre Versprechen nicht zu halten. „Im Koalitionsvertrag heißt es, dass bis 2018 eine Breitbandversorgung von 50 Megabit für alle Haushalte gewährleistet werden soll. Dieses Ziel steht nach den heutigen Ankündigungen von Minister Remmel vor dem Aus. Die Landesregierung hat die flächendeckende Breitbandförderung über Jahre verpennt. Die Folge ist, dass die versprochenen Ziele jetzt einfach nach unten korrigiert werden. Das ist fatal“, sagte der CDU-Wirtschaftsexperte Hendrik Wüst. Er war dem Minister außerdem vor, sich mit fremden Federn zu schmücken. Erst auf Nachfrage von Journalisten sei herausgekommen, dass von den 100 Millionen Euro Fördermitteln „kein einziger Cent aus der Landeskasse“ stamme. Ralph Bombis (FDP) sagte, Rot-Grün stehe beim Breitbandausbau



„Die Landesregierung hat die flächendeckende Breitbandförderung über Jahre verpennt.“

Hendrik Wüst, CDU-Wirtschaftsexperte im Landtag

„auf der Bremse“. NRW stelle keine eigenen Mittel zu Verfügung. Stattdessen liefere sich die Regierung ein Kompetenzgerangel zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium um 500 Millionen Euro, die aus den Kassen des Bundes und der EU ins Land fließen.

Bundesbank: EZB-Geldflut sorgt für mehr Inflation

Frankfurt. Das billionenschwere Anleihenkaufprogramm der EZB kurbelt nach Untersuchungen der Bundesbank die Inflation im Währungsraum an. Allerdings liegen Berechnungen zu den konkreten Auswirkungen in einer weiten Spanne, wie die Bundesbank in ihrem Monatsbericht Juni mitteilte. So komme ein Ansatz zu dem Schluss, dass die Käufe die Teuerung im Währungsraum 2017 um 2,5 Prozentpunkte nach oben treiben. Damit würden die Käufe dafür sorgen, dass die Euro-Zone vor einer gefährlichen Preisspirale nach unten geschützt würde. Nach einer zweiten Schätzung schaffe das Kaufprogramm im kommenden Jahr allerdings nur etwas mehr als 0,1 Punkte mehr Inflation. Die Europäische Zentralbank (EZB) erwirbt seit März 2015 in großem Stil Staatsanleihen der Euro-Länder. Das Programm ist inzwischen auf 1,74 Billionen Euro angelegt. Die Käufe sollen die Renditen der Titel drücken, wodurch sie als Investment für Banken weniger attraktiv werden. Die Institute sollen stattdessen mehr Kredite an die Wirtschaft vergeben, was die Konjunktur stützen und somit auch die Verbraucherpreise anheizen würde. dpa

Ex-CSU-Politiker soll in den Vorstand der Bundesbank

München. Der frühere CSU-Politiker Joachim Wuermeling soll in den Vorstand der Deutschen Bundesbank aufrücken. Er habe Wuermeling dafür vorgeschlagen, sagte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) in München. Bayern habe das Vorschlagsrecht für den Posten und davon mache man Gebrauch. Bei der Bundesbank wäre Wuermeling Nachfolger von Joachim Nagel, der auf eigenen Wunsch Ende April vorzeitig bei der Notenbank ausschied und zur Förderbank KfW wechselte. Wuermeling war von 1999 bis 2005 Europaabgeordneter der CSU und von 2005 bis 2008 beamteter Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. dpa

Genossenschaft im Lennetal

Die Bundesregierung hat im Herbst angekündigt, bis zum Jahr 2018 bundesweit insgesamt 2,7 Milliarden Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung zu stellen. In NRW sollen 500 Millionen Euro investiert werden.

Zur Breitband-Diaspora zählen nicht selten auch Gewerbegebiete, etwa das Lennetal in Hagen. Mehr als 200 Firmen sind ansässig. Mit Hilfe einer Genossenschaft soll dort der Breitbandausbau vorangetrieben werden.